



## Mittelrheinbrücke nimmt erste Hürde

Roger Lewentz hat die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) mit der Durchführung des Raumordnungsverfahrens (ROV) für die lange diskutierte Mittelrheinbrücke beauftragt. Das gab der Innenminister bei einem Vor-Ort-Termin Mitte Februar bekannt, an dem neben Vertretern der Wirtschaft und der Lokalpolitik auch Verkehrsstaatssekretärin Daniela Schmitt und SGD Nord-Chef Uwe Hüser teilnahmen.

Lewentz sprach vor Ort von einem „wichtigen Schritt zur Realisierung der für die Region so wichtigen Verbindung“. Tatsächlich ist der Weg hin zur fertigen Brücke noch lange und das Ergebnis der Reise bleibt weiter ungewiss. Das ROV prüft die Raumverträglichkeit des Projekts. Vereinfacht gesagt, stellt es die Frage, ob der Bau einer Brücke unter Gesichtspunkten wie Lärmschutz, Umweltverträglichkeit, der visuellen Wirkung, der Wirtschaftlichkeit und anderer Faktoren aus Sicht des Landes überhaupt wünschenswert sein darf. Anderthalb Jahre werden dafür veranschlagt. Danach kommt das Planfeststellungsverfahren, das die juristischen Implikationen betrachtet.

Ralf Hellrich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Koblenz, gibt sich dennoch optimistisch: „Die Rheinquerung wurde zum politischen Spielball und wir sind froh, dass nun endlich ein Verfahren auf den Weg gebracht wurde, an dessen Ende eine Brücke die längst überfällige Verbesserung der Infrastrukturmaßnahmen und der Lebensqualität bringen soll. Alle Verantwortlichen sind involviert und alles andere als eine Umsetzung des Projektes ist inakzeptabel.“ Eine seriöse Prognose, wann tatsächlich mit dem Bau begonnen werden könnte, sei nicht möglich, so Hellrich. „Als Fertigstellungstermin wünscht man sich im Mittelrheintal natürlich das Jahr 2029 im Rahmen der dann stattfindenden Bundesgartenschau.“ **AS**

## LANDESREDAKTION

Anja Obermann

Dagobertstraße 2  
55116 Mainz

Andreas Schröder

Tel: 0179 / 90 450 25

E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de

# Handwerk stellt Fragen zur Wahl

**LANDTAGSWAHL:** Parteien nehmen Stellung zu den Nöten und Wünschen des rheinland-pfälzischen Handwerks

VON ANDREAS SCHRÖDER

Am 14. März wählen die Menschen in Rheinland-Pfalz ein neues Parlament. Natürlich nimmt die Coronakrise bei der Landtagswahl in diesem Jahr eine ganz besondere Rolle ein, aber für das Handwerk an Rhein und Mosel, in der Pfalz, der Eifel, in Rheinhessen und im Westerwald geht es in dieser Wahl auch um Fragen, welche die Politik voraussichtlich noch lange nach der Pandemie beschäftigen werden. Die

## INFORMATIONEN

Die Antworten der Parteien auf die vier handwerkspolitischen Fragen des DHB und der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern finden Sie auf der kommenden Seite.

„Aufschwung und Erneuerung“, die Forderungen der rheinland-pfälzischen Handwerkskammern zur Landtagswahl, finden sie im Internet unter:

[handwerk-rlp.de/wahlforderungen](http://handwerk-rlp.de/wahlforderungen)

Arbeitsgemeinschaft der vier rheinland-pfälzischen Handwerkskammern hat daher Mitte Januar ihr Papier „Aufschwung und Erneuerung“ vorgestellt, in dem die Kammern ihre Forderungen an die Landespolitik formuliert haben (das DHB berichtete).

Um zu sehen, wie die Landespolitik zu den Nöten und Wünschen des Handwerks steht, hat das Deutsche Handwerksblatt in Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern vier handwerkspolitische Fragen entwickelt, und sie den Landesverbänden der SPD, der CDU, der AFD, der FDP, den Grünen und der Linken zukommen lassen. Die Auswahl der Parteien erfolgte sowohl nach der Sitzverteilung im aktuellen Landtag als auch nach der Wahrscheinlichkeit, in den nächsten Landtag einzuziehen. Der Fokus der Fragen liegt auf den Themen Nachwuchsmangel, Bürokratieabbau und Infrastruktur.

Zuvor hatten die Handwerkskammern der Pfalz und Koblenz mit den Spitzenkandidaten der Parteien das direkte Gespräch gesucht (das DHB berichtete).

Um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten, sind die Fragen den Parteien gleich-



Kandidaten und Vertreter der Parteien stellen sich den Fragen des Handwerks in Koblenz

zeitig zugegangen. Alle Parteien hatten die gleiche Zeit und den gleichen Platz zur Verfügung, ihre Antworten auf die Fragen des Handwerks zu präsentieren.

Im Sinne bestmöglicher Vergleichbarkeit ist der Entschluss gefasst worden, die Antworten der Parteien weitgehend un-

bearbeitet zu veröffentlichen. Antworten, die aus Platzgründen von der Redaktion gekürzt werden mussten, sind mit [...] an den entsprechenden Stellen markiert. Leitlinie für die redaktionellen Bearbeitung der Antworten war, die Inhalte der Antworten nicht zu verfälschen.

# Hilfsprogramme halten ISB weiter auf Trab

**JAHRESBILANZ:** Anzahl der Zusagen explodiert 2020 – Allein über 500 Millionen in Soforthilfen

Im Jahr 2020 hat die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) ihr Geschäftsvolumen um 18 Prozent auf 2,5 Milliarden Euro gesteigert. Fast ein Drittel dieser Summe, knappe 800 Millionen Euro, gehen auf die Corona-Programme von Bund und Land zurück. Aber auch das Arbeitsvolumen sei im vergangenen Jahr explodiert. 2020 habe die ISB 25 Mal mehr Zusagen erteilt als in einem normalen Geschäftsjahr. Das teilten Finanzstaatssekretär Dr. Stephan Weinberg, der Verwaltungsratsvorsitzende der ISB, und die Vorstandsmitglieder Ulrich Dexheimer und Dr. Ulrich Link bei der Jahresauftakt-Presskonferenz der Bank Mitte Februar mit.

Im Rahmen der Soforthilfen des Bundes habe die ISB im ersten Halbjahr 69.274 Zusagen in Höhe von 543,4 Millionen Euro erteilt. Im Anschluss an die Bundessoforthilfen zahlte die Bank die Überbrückungs-

hilfen I und II des Bundes aus. Insgesamt hat sie 9.867 Anträge mit einem Volumen von 124,5 Millionen Euro bewilligt.

Rund 115 Millionen Euro an Novemberhilfen habe die Förderbank an 12.368 Unternehmen und Soloselbstständige ausgezahlt. Bei den Dezemberhilfen, die seit 1. Februar 2021 von den Bewilligungsstellen der Länder bearbeitet werden können, seien 7.258 Anträge in Höhe von 35,4 Millionen Euro bewilligt. Das entspräche knappen 60 Prozent der eingegangenen Anträge auf die Dezemberhilfe.

Seitens der Wirtschaft war die ISB in den vergangenen Monaten in die Kritik geraten, weil sich die Bearbeitung der Anträge auf die Hilfen von Bund und Land aus Sicht der Betriebe zu lange hinziehe. Einen Teil dieser Verzögerungen lässt sich sicher mit dem hohen Arbeitsaufkommen erklären. „Das vergangene Jahr ist mit nichts vergleichbar.

Wir wurden in besonders hohem Maße vor große Herausforderungen gestellt und haben die Unternehmen im Land mit Hilfen ausgestattet“, sagte ISB-Vorstandssprecher Ulrich Dexheimer. Bei der ISB seien alleine in den ersten vier Tagen der Soforthilfe über 40.000 Anträge eingegangen. Normalerweise würden rund 4.500 Anträge über alle Förderprogramme pro Jahr bearbeitet.

In anderen Fällen könnten Anträge aufgrund fehlender Vorgaben aus Berlin nicht sofort bearbeitet werden. So könne die Überbrückungshilfe III zwar seit dem 10. Februar beantragt werden, ausgezahlt würden bisher aber nur Abschlüsse, weil eine ordentliche Bearbeitung aufgrund offener Fragen derzeit noch nicht möglich sei. Die Bearbeitung der Hilfsprogramme werde die ISB auch im restlichen Jahr und vielleicht darüber hinaus beschäftigen, so Dexheimer und Link. **AS**

## Europäisches Event: Kunsthandwerk trotz der Pandemie

2021 werden wieder die Europäischen Tage des Kunsthandwerks stattfinden. Vom 9. bis 11. April soll das Handwerk mit seiner Kultur und Faszination für die breite Öffentlichkeit zum Erlebnis werden. In ganz Rheinland-Pfalz können Entdeckungstouren durch Werkstätten und Ateliers unternommen werden, um in die facettenreiche Szene des gestaltenden Handwerks einzutauchen. Mitmachen können alle Kunsthandwerkerinnen und Kunsthandwerker, die ihr Atelier oder ihre Werkstatt für Workshops, Führungen oder Ausstellungen für Besucher öffnen möchten. Die kostenlose Teilnahme ist sowohl an einzelnen Tagen als auch am gesamten Wochenende möglich. Potenzielle Teilnehmer sollte sich schon jetzt im Internet unter [kunsthandwerkstage.de](http://kunsthandwerkstage.de) informieren und registrieren.

Das Format ermögliche es, regionalen Corona-Auflagen zu entsprechen, so die Veranstalter. Die Europäischen Tage des Kunsthandwerks würden auch im Falle eines weiteren Lockdowns stattfinden, gegebenenfalls unter Hygienemaßnahmen oder mit digitalen Beiträgen.

## KOLUMNE: Digitale Medizinprodukte auf Rezept

# So können Gesundheits-Apps im Alltag helfen

Mit dem Digitalkonto der IKK Südwest und der Kostenübernahme von digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGA) reagiert die IKK Südwest auf die zunehmende Dynamik digitaler Gesundheitsleistungen und macht diese für Versicherte einfach zugänglich. Diese können dann unter anderem eine Vielzahl an ausgewählten digitalen Medizinprodukten in Anspruch nehmen. Wie dieser Nutzen von innovativen E-Health-Angeboten aussieht, berichtet Rainer Lunk als Verwaltungsratsvorsitzender der Arbeitgeberseite bei der IKK Südwest.

Die Digitalisierung hat großes Potenzial, die Effizienz im Gesundheitswesen zu steigern und die Versorgung der Versicherten zu verbessern. Um diese Potenziale für die Gesundheit nutzbar zu machen, nimmt die IKK Südwest eine Vorreiterrolle ein. Grundsätzliche Voraussetzung für die Kostenerstattung ist eine Antragstellung und das Vorliegen einer Erkrankung, bei der ein digitales Medizinprodukt zum Einsatz kommen soll.

## Nia App gegen Neurodermitis – ein fundiertes Tool für Familien

Neurodermitis ist eine der am meisten verbreiteten chronischen Hauterkrankun-



Rainer Lunk

gen überhaupt. Es handelt sich bei Neurodermitis um eine nicht-ansteckende, entzündliche sowie schubweise verlaufende Hauterkrankung. Häufige Symptome sind trockene und empfindliche Haut, quälender Juckreiz und Rötungen. Patient\*innen sind in ihrer Lebensweise hierdurch oft stark eingeschränkt. Versicherte der IKK Südwest können nun die vollumfängliche

Premiumversion der App Nia kostenfrei verwenden. Nia ist die erste als Medizinprodukt zugelassene App dieser Art weltweit und die meistgenutzte Neurodermitis-App im deutschsprachigen Raum. Die digitale Gesundheitsanwendung wurde von der Berliner Firma Nia Health, ein Spin-Off der Charité Universitätsmedizin Berlin, im Jahr 2019 ins Leben gerufen.

Die App unterstützt Patient\*innen sowie Eltern von betroffenen Kindern im Umgang mit der Erkrankung. In Nia können beispielsweise potentielle Schub-Auslöser dokumentiert werden. Anwender erhalten außerdem viele praktisch anwendbare Tipps und Hintergrundwissen rund um die Themen Medikamente, Ernährung, Psychologie und Körperpflege.

Die IKK Südwest nimmt die Neurodermitis-App ab sofort in das Digitalkonto auf. In diesem Leistungsrepertoire digitaler Gesundheitsanwendungen sind aktuell neben Nia sieben weitere Apps enthalten. Grundsätzliche Voraussetzung für die Kostenerstattung ist eine Antragstellung und das Vorliegen einer Erkrankung, bei der ein digitales Medizinprodukt zum Einsatz kommen soll. Wir freuen uns, mit der Nia App eine weitere digitale Innovation für die Versicherten zugänglich zu machen. Mit Nia wollen wir von Neurodermitis betroffe-



Von überall auf das Digitalkonto der IKK Südwest zugreifen

nen Familien ein zeitgemäßes Medizinprodukt als sinnvolle Ergänzung zu klassischen Behandlungsmethoden anbieten.

## Die IKK Südwest

Aktuell betreut die IKK Südwest mehr als 640.000 Versicherte und über 90.000 Betriebe in Hessen, Rheinland-Pfalz und im

Saarland. Versicherte und Interessenten können auf eine persönliche Betreuung in unseren 21 Kundencentern in der Region vertrauen. Darüber hinaus ist die IKK Südwest an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr über die **kostenfreie IKK Service-Hotline 0800/0 119 119** oder [www.ikk-suedwest.de](http://www.ikk-suedwest.de) zu erreichen.



Logos Parteien

**Besonders für kleine und mittelständische Unternehmen ist es wichtig, sich auf die eigenen Kernkompetenzen konzentrieren zu können, um sich am Markt zu behaupten. Die Bürokratie steht dem oft im Weg. Welche bürokratischen Hürden wollen Sie in den kommenden fünf Jahren abbauen und wie kann verhindert werden, dass neue Belastungen auf die Betriebe zukommen?**

Wir sehen, dass gerade kleinere Handwerksbetriebe oft überproportional von bürokratischen Anforderungen betroffen sind. Daher wollen wir, wo immer landespolitisch möglich und sinnvoll, durch Ausnahmetatbestände und Schwelgenreößen bürokratische Anforderungen an die Betriebsgröße koppeln. So entlasten wir gezielt Betriebe, verschaffen ihnen Zeit und steigern die Attraktivität des Handwerks insgesamt. Im Zuge einer Beratungsoffensive Selbstständigkeit im Handwerk wollen wir bestehende Beratungsangebote ausbauen und neue Coaching-Formate etablieren. Ein Ziel: gerade bei bürokratischen Anforderungen zu Beginn einer Selbstständigkeit einen Überblick zu geben und so Hilfestellung zu leisten. So werden Meisterinnen und Meister auf dem Weg in die Selbstständigkeit noch besser unterstützt. Durch weitere entschlossene Schritte beim E-Government wollen wir Verfahren insgesamt weiter beschleunigen.

**Der Nachwuchsman gel im Handwerk macht sich nicht nur an der Zahl der Bewerber bemerkbar, viel zu oft lässt auch die Ausbildungsreife zu wünschen übrig. Betriebe und Handwerkskammern sehen sich gezwungen, mittels Nachhilfe fehlendes schulisches Wissen nachzuarbeiten. Aber auch an den praktischen Kompetenzen fehlt es leider häufig. Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um die Ausbildungsreife der Jugend in Rheinland-Pfalz in Zukunft zu gewährleisten?**

Wir wollen allen Jugendlichen den Weg in eine erfolgreiche persönliche und berufliche Zukunft bereiten. Hierfür haben wir die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren stetig verbessert: Die Unterrichtsversorgung ist so gut wie noch nie zuvor, wir haben allein in dieser Legislaturperiode trotz sinkender Schülerzahlen fast 1.000 Lehrkräfte mehr eingestellt als nach der Schülerzahl vorgesehen ist, die Schüler-Lehrer-Relation in Rheinland-Pfalz ist so gut wie noch nie. Hinzu kommen unterstützende Angebote: Schulsozialarbeit und Schulpsychologie wurden deutlich gestärkt, Sprachförderung ausgebaut, Gelder für die digitale Ausstattung von Schulen und deren Wartung und Anwendungsbetreuung deutlich erhöht. Wir wollen weiterhin dafür sorgen, dass alle Schulabsolventinnen- und Absolventen über notwendiges theoretisches Fachwissen sowie soziale Kompetenzen verfügen, die sie in der Ausbildung benötigen.

**Eine Ausbildung im Handwerk verspricht ein gutes Einkommen und einen sicheren Arbeitsplatz. Doch die Attraktivität der Ausbildung leidet häufig unter der schlechten Erreichbarkeit der Betriebe, Berufsbildungszentren und Berufsschulen für junge Menschen. Das Handwerk fordert daher unter anderem einen Ausbau des ÖPNV und ein geförderteres und landesweites ÖPNV-Ticket für alle Auszubildenden. Wie stehen Sie zu diesem Wunsch und wie wollen Sie ihn erfüllen?**

Wir wissen, dass ein flächendeckendes, modernes und erschwingliches ÖPNV-Angebot auch für unsere Betriebe ein wichtiger Zukunftsfaktor ist. Wir teilen daher Ihren Ansatz und wollen genau an dieser Stelle ansetzen, damit auch Betriebe, Bildungszentren und BBSen für alle Auszubildenden besser mit dem ÖPNV erreichbar sind. Wir wollen gemeinsam mit den Verbänden mit dem „RLP-Jugendticket“ ein gemeinsames Angebot ab der Sekundarstufe II schaffen, damit Oberstufen-, Fach- und Berufsschülerinnen und -schüler sowie Auszubildende und Freiwilligendienstleistende für 365 Euro im Jahr mobil unterwegs sein können. Das Jugend-Ticket ist für uns ein wichtiger erster Schritt hin zu noch mehr günstigen Mobilitätsangeboten für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer. Wir unterstützen die Bewerbungen von Mainz und Ludwigshafen für das Bundesmodellprojekt 365 Euro-Ticket.

**Handwerk braucht attraktive Standorte und eine gut ausgebauten Infrastruktur. Ein Flaschenhals beim Thema Infrastruktur ist häufig die desolante finanzielle Lage der Kommunen. Wie wollen Sie die Haushalte der rheinland-pfälzischen Kommunen mittelfristig auf eine solide Basis stellen und die Städte, Kreise und Verbandsgemeinden handlungsfähig für die Zukunft machen?**

Die Gemeinden, Städte und Kreise in Rheinland-Pfalz erfüllen enorm wichtige Aufgaben vor Ort. Sie sind da für unser funktionierendes Miteinander und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb ist es wichtig, dass wir unsere Kommunen unterstützen! In der Corona-Krise haben wir die Kommunen mit umfangreichen Hilfsmaßnahmen unterstützt und einen kommunalen Rettungsschirm mit einem Gesamtvolumen von rund 750 Millionen Euro aufgespannt. Wir übernehmen Verantwortung für unsere Kommunen und werden auch weiterhin an ihrer Seite stehen. Die Lösung des Problems der kommunalen Altschulden bleibt für uns enorm wichtig. Wir sehen hier die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Lösung unter Beteiligung des Bundes. Dazu konnte wegen des Widerstands der Union auf Bundesebene vorerst keine Einigung erzielt werden. Das Thema bleibt für uns mit hoher Priorität auf der politischen Agenda.



Corona hat einmal mehr gezeigt, dass die Grundpfeiler der rheinland-pfälzischen Wirtschaft der Mittelstand und die Familienunternehmen sind. Durch ihre qualitativ hochwertige Arbeit und Erzeugnisse, sind sie Botschafter der erfolgreichen und verlässlichen Wirtschaft unseres Landes. Aus diesem Grund wollen wir den Bürokratie-Dschungel abbauen und viele Anknüpfungspunkte vermeidenbarer Bürokratie entlasten. Konkret: Nordrhein-Westfalen legte mehrere Entfesselungspakete vor, hier sehen wir viele Anknüpfungspunkte. Rheinland-Pfalz, z.B. bei der Betriebsübergabe. Dazu hat die Regierung unter Armin Laschet im Oktober 2020 eine Bundesratsinitiative zum Bürokratieabbau gestartet, bis heute ist die Ampel dazu nicht sprechfähig. Mit einer CDU-Regierung wären diese Ideen schon in der Umsetzung.

Wir möchten, dass akademische und berufliche Bildung als gleichwertig angesehen werden. Zur Stärkung des Handwerks braucht es einen ganzheitlichen Ansatz. Wir wollen z.B. eine 105%-igen Unterrichtsversorgung, eine bessere Sprachförderung für unsere Kinder einführen und in der Grundschule einen Fokus auf Lesen, Schreiben und Rechnen legen. Ebenso muss schrittweise auch die Weiterbildung zur Meisterqualifikation als öffentlicher Bildungsauftrag wie das Hochschulstudium durch das Land finanziert werden, wir stehen für einen kostenfreien Meister. Ausbildungsberufe im Handwerk sind attraktiv. Um diese Attraktivität weiter zu steigern, muss das Land deren Anschlussfähigkeit in Weiterbildung bis hin zum Studium ausbauen. Die Berufsschulen müssen besser ausgestattet werden. Der hohe Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen muss der Vergangenheit angehören.[...]

Wie gesagt, für die Stärkung der dualen Ausbildung braucht es einen ganzheitlichen Ansatz. Das Azubiticket ist dabei eine absolut unterstützenswerte Initiative. Wir wollen, dass Auszubildende ebenso wie Studierende von vergünstigten ÖPNV-Tickets und Wohnraum profitieren. Aber es braucht mehr und wir haben hier viele Ideen, wie gerade ausgeführt.

11 der 20 höchstverschuldeten Kommunen Deutschlands kommen aus Rheinland-Pfalz. Wir möchten, dass unsere Gemeinden und unsere Städte attraktive Zukunftsregionen sind. Deshalb muss Schluss damit sein, dass die Landesregierung ihre Haushalte auf dem Rücken der Kommunen saniert. Die CDU hat deshalb eine Task-Force ins Leben gerufen, um den Blick nach vorne zu richten. Die Eckpunkte haben wir am Freitag, den 19. Februar vorgestellt: Erstens, eine Soforthilfe von 300 Millionen Euro pro Jahr für die Jahre 2021 und 2022. Dieses Geld steht den Kommunen zu. Zweitens, eine umfangreiche Altschuldenlösung. Es ist die verfassungsrechtliche Aufgabe der Landesregierung, dies herbeizuführen. Es hilft nicht, dabei an andere Stellen zu verweisen. Und drittens ein neuer kommunaler Finanzausgleich ab 2023. Dabei setzen wir mehr auf allgemeine und weniger auf zweckgebundene Zuweisungen für die Kommunen.



Die AfD möchte unsere Unternehmen und Selbständigen durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse und eine unternehmerfreundliche Verwaltung mit kurzen Wegen unterstützen. Dazu wollen wir eine maximale Bearbeitungszeit für Anträge festlegen, die Ausschreibungsbedingungen vereinfachen und die Schwelle für eine europaweite Ausschreibung von Leistungen aller Art deutlich anheben. Die vor allem von der EU-Bürokratie ausgehenden ausufernden Dokumentationspflichten wollen wir eindämmen und zurückfahren. Alle Ansätze für zusätzliche Regulierungen werden wir sehr kritisch auf ihre Erfordernis prüfen und die One-in-one-out-Regel auch auf Landesebene anwenden. Zusätzliche Belastungen von Unternehmen etwa durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer zur Sanierung kommunaler Finanzen lehnen wir ab.

Mit der Abschaffung der Hauptschule wurde faktisch das Erfolgsmodell der Realschule beseitigt. Um eine leistungsstarke Realschule wiederherzustellen, wollen wir die Realschule plus in eine echte Realschule und eine Handwerks- und Gewerbeschule (HGS) differenzieren. Die HGS soll als berufs- und grundlagenorientierte Schulform einschließlich zahlreicher Praktika nach neun Jahren zur Berufsaufnahme führen. Beide Formen sollen eng mit Handwerk, Gewerbe und Industrie zusammenarbeiten. Unsere Landtagsfraktion hat diesbezüglich im September 2019 den Antrag „Dreigliedriges Schulsystem wiederherstellen“ (Drs. 17/10036) gestellt. Die AfD sieht zudem die weitere Öffnung der Hochschulen sehr kritisch, weil das duale System natürlich in einer Konkurrenzsituation zu den Hochschulen steht. Eine Reduzierung der Studentenzahlen kann durch eine konsequente Einforderung von Studierfähigkeit erreicht werden.

Beim ÖPNV brauchen wir, insbesondere im ländlichen Raum, eine bessere Taktung. Außerdem fordern wir, analog zu den Semestertickets für Studenten, kostengünstige Azubi-Tickets, die über die Landesgrenze hinweg gelten (z.B. Mainz-Wiesbaden, Ludwigshafen-Mannheim). Für uns ist die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung von zentraler Bedeutung. Deshalb ist es für die AfD nicht akzeptabel, dass die Kostenübernahme bei der Schülerbeförderung bei den beruflichen Gymnasien, den Berufsfachschulen, den Fachoberschulen und den Berufsoberschulen nur dann erfolgt, wenn eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschritten wird. Unsere Landtagsfraktion hat in dem Antrag „Familien entlasten – Schülerbeförderung neu regeln“ (Drs. 17/5434) gefordert, die Situation dieser Schüler mit einer einkommensunabhängigen Familienbelastungsgrenze von 300 Euro pro Schuljahr erheblich zu verbessern.

Die AfD-Fraktion hat in der aktuellen Legislaturperiode mehrfach eine bessere strukturelle Finanzausstattung unserer Kommunen sowie ein Konzept zur Verringerung der kommunalen Altschulden unter Einbeziehung des Bundes gefordert. Bei den Haushaltsberatungen für 2021 haben wir beantragt, die Landeszuschüsse an die Kommunen um 123 Millionen Euro zu erhöhen. Dies wäre im Hinblick auf die im Landeshaushalt vorhandenen Spielräume möglich und im Hinblick auf die vielen, den Kommunen in den letzten Jahren neu übertragenen Aufgaben (z.B. Flüchtlingsintegration, KiTa-Ausbau) angemessen gewesen. Leider wurden unsere diesbezüglichen Forderungen von den übrigen Fraktionen ausnahmslos abgelehnt. Eine Lösung der kommunalen Finanzprobleme durch eine zusätzliche Belastung von Bürgern und Unternehmen über höhere Steuern lehnen wir ab.



Ganz klar: Die Belastung durch Bürokratie muss abgebaut werden. Es darf nicht sein, dass die Betriebe sich immer mehr um „Zettelwirtschaft“ kümmern müssen und das eigentliche Geschäft leidet. Um das zu ändern, fordern wir eine One-In-One-Out-Regelung für Gesetze. Für jedes Neue, soll ein Überflüssiges gestrichen werden. Immer neue Pflichten lehnen wir ab. Auch über den Bund wollen wir uns dafür einsetzen, dass Bürokratie wegfällt. Hier ist die A1-Bescheinigung für Entsendungen ins Ausland zu nennen. Es ist völlig unverständlich, warum ein Betrieb aus Trier für einen kurzfristigen Auftrag in Luxemburg einen riesigen Aufwand betreiben muss. Gelebtes Europa muss anders aussehen. Auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung muss vieles schneller werden. Die Zeit von Faxgeräten in den Ämtern soll enden. Wir werden die Chancen des E-Government nutzen, um Verwaltungshandeln zu beschleunigen.

Wir wollen, dass junge Menschen nach der Schule bestmöglich auf eine Ausbildung vorbereitet sind. Um Azubis mit unterschiedlichen Kompetenzniveaus auf ein gleiches Level zu bringen, haben wir die Förderung der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisungen deutlich erhöht. Damit konnte die technische Ausstattung verbessert werden. Zukünftig müssen wir junge Leute früher auf die Chancen der beruflichen Bildung hinweisen. Ausbildungen sind mehr als nur Alternativen zum Studium. Wir wollen engere Kooperationen zwischen allgemein- und berufsbildenden Schulen. Die reale Bildung muss intensiviert werden. Dazu gehören mehr Praxisbezug und ein stärkerer Fokus auf die MINT-Fächer. Wir denken weiter. Nach dem Meisterbonus wollen wir jetzt den nächsten Schritt gehen. Die Meisterausbildung soll gebührenfrei werden. Keine Partei setzt sich so klar für die Stärkung der beruflichen Bildung ein, wie die FDP.

Der Wunsch ist absolut nachvollziehbar. Und wenn es geht, wollen wir ihn gerne realisieren. Für die kommenden fünf Jahre haben wir uns vorgenommen, das Netz und die Qualität des ÖPNV in Rheinland-Pfalz maßgeblich zu verbessern. Noch immer gibt es Regionen, in denen der Bus nur zweimal am Tag fährt. In Gebieten mit dünner ÖPNV-Anbindung ist das eigene Auto oder das Moped oft die einzige Möglichkeit, um zur Arbeitsstelle zu kommen. Das müssen wir dringend ändern. Busse und Bahnen müssen landesweit zu einer echten Alternative für Pendlerinnen und Pendler werden. Und das zu bezahlbaren Preisen. Ein kostengünstiges Azubi-Ticket befürworten wir grundsätzlich. Dabei ist es uns wichtig, dass Preissenkungen nicht zulasten des Ausbaus der ÖPNV-Verbindungen gehen. Tragfähigen Konzepten zur Finanzierung eines Azubi-Tickets stehen wir sehr offen gegenüber.

Wir haben die Infrastruktur deutlich verbessert. Bereits jetzt haben 90 Prozent der Haushalte Zugang zu schnellem Internet, jeder zweite ist ans Gigabit-Netz angeschlossen. Dutzende Breitband-Projekte befinden sich im Bau. Hier werden wir nicht nachlassen. In das Verkehrsnetz sind in den vergangenen fünf Jahren Rekordsummen geflossen. Über 600 Millionen Euro in die Landesstraßen und rund zwei Milliarden Euro in die Bundesstraßen. So viel wie nie. Das werden wir fortsetzen. Wir haben die finanzielle Lage der Kommunen in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Die Zuweisungen des Landes an die Kommunen sind überproportional zum allgemeinen Wachstum des Haushalts gestiegen. Das verdeutlicht sich auch in positiven Finanzierungssalden auf kommunaler Ebene. Wir werden im Rahmen der Novellierung des Kommunalen Finanzausgleichs auch Instrumente zur Tilgung von Altschulden fordern.



Wir brauchen eine Verwaltungsmodernisierung durch Digitalisierung. Wir wollen, dass man mit einem Klick am Ziel ist. Die Einführung der Elektronischen Akte (E-Akte) vereinfacht die Abläufe und es können Behörden-schritte reduziert werden. Behörden müssen zukünftig Daten datenschutzkonform untereinander austauschen können, um Behördengänge zu vermeiden. Wir brauchen ein vereinfachtes Meldewesen: Bei der Personalanstellung beispielsweise sollen Nachweise und Unterlagen, über die Behörden bereits verfügen, nicht erneuert verlangt werden. Weiterhin muss unseres Erachtens auch endlich eine grundlegende Registermodernisierung kommen, die die Register miteinander verzahnt. In den Kommunen wollen wir die Serviceverbesserung von kommunalen Ämtern über eine mutige Kommunal- und Verwaltungsreform vorantreiben. Kleine Anschaffungen bis 1.000 Euro sollen [...] sofort abgeschrieben werden können.

Der anhaltende Strukturwandel, die Digitalisierung und der notwendige ökologische Umbau der Wirtschaft macht regelmäßige Qualifizierungen für jeden Erwerbstätigen unentbehrlich. Vor allem in MINT-Berufen. Wir wollen hier die Berufsschulen ausbauen und auf den Stand der digitalen Technik bringen. Wir wollen die Berufsorientierung an Schulen deutlich ausbauen, um allen Jugendlichen eine klare Perspektive auf eine Berufsausbildung zu eröffnen. Gerade auch an den Gymnasien. Das Abitur muss nicht zwingend zu einem Studium führen, sondern genauso gut zu einem Ausbildungsberuf. Zusätzliche Jugendberufsagenturen sollen sicherstellen, dass mehr Jugendliche eine Ausbildung angehen. Es soll kein\*e Schüler\*in ohne Abschluss von einer Schule gehen. Wir wollen die Weiterbildungszentren gezielt unterstützen, damit Schulabschlüsse kostenfrei nachgeholt werden können.

Mit unserem Konzept einer Mobilitätswende wollen wir dafür sorgen, dass im gesamten Land mit einer Mobilitätsgarantie jede\*r mit dem Nahverkehr von A nach B kommt. Dabei setzen wir auf eine bessere Anbindung an überregionale Bus- und Bahnlinien. Aber auch Alternativkonzepte wie E-Dorfautos und On-Demand-Shuttelverkehr unterstützen das Angebot. Für Schüler\*innen, Auszubildende, alle im Bundesfreiwilligendienst bzw. Absolvent\*innen eines FSJ wollen wir mit einem günstigen 365-Euro-Ticket ein einfaches Angebot zur landesweiten Nutzung des Nahverkehrs schaffen. Eine Studie hat erst kürzlich ergeben, dass so ein Ticket finanzierbar ist, wir wollen dies nun zeitnah einführen. Im Rahmen des neuen Landestarifs wollen wir die Ticketvielfalt im Nahverkehr vereinfachen. Jobtickets sollen allen zur Verfügung stehen, sodass landesweit jede\*r Beschäftigte leichter in Busse und Bahnen umsteigen kann.

Wir wollen lebenswerte und handlungsfähige Kommunen mit ausreichender Finanzausstattung. Dafür müssen auch die Bundes- und Landeszuweisungen weiter steigen. Auf der Einnahmeseite zeigt sich, dass der von uns angestrebte finanzielle Kommunalausgleich sowie die Gewerbesteuereinnahmen aus dem Betrieb von PV- und Windkraftanlagen die kommunalen Haushalte auf Jahrzehnte stabilisieren wird. Die Höhe des Kommunale Finanzausgleichs (KFA) muss zukünftig aufgabenorientiert sein und sich am Bedarf der Kommunen orientieren. Bei der Verteilung der Mittel aus dem KFA müssen aus unserer Sicht klare und nachvollziehbare Kriterien beispielsweise die Anzahl der Schulstandorte, die Zahl der Kinder in der Gemeinde oder Sozialleistungen die Grundlage sein. Wir setzen uns weiterhin für einen Schuldschnitt für hoch verschuldete Kommunen ein, der jeweils zur Hälfte vom Bund und den Ländern getragen wird. [...]



Wir sehen in der gezielten Förderung der Gemeinwirtschaft, von Genossenschaftsmodellen und regionalen Wirtschaftskreisläufen einen besonderen Schwerpunkt unserer Politik. Kleine Unternehmen sowie das lokal ansässige Handwerk sind besser zu fördern und die bisher eingerichteten Fonds und Programme deutlich aufzustocken. Unternehmen, die unschuldig in Not geraten sind, müssen gezielt mit Hilfen des Landes zur Selbsthilfe unterstützt werden. Die Einrichtung eines Liquiditätsfonds und von Zins- und Darlehensmoratorien ist zu prüfen und bei der kommunalen Wirtschaftsförderung anzusiedeln. Über die Vergabe von Fördermitteln sollen demokratisch legitimierte Gremien unter transparenten Bedingungen und unter Beteiligung der Bürger\*innen entscheiden.

Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Zukunft zu schaffen, Arbeitsplätze zu sichern und die Lebensqualität zu verbessern, fordern wir ein Infrastrukturprogramm für Rheinland-Pfalz. Über 5 Jahre wollen wir jährlich 4 Mrd. Euro investieren, u. a. in Bildung, Wohnen und Verkehr. Das Bildungssystem in Rheinland-Pfalz leidet unter einem Investitionsstau. Wir wollen schnellstmöglich in die Gebäude, eine digitale Infrastruktur, moderne Unterrichtsausstattung und mehr Personal investieren. Wir wollen die Klassen verkleinern, individuelle Förderung stärken und eine Schule für alle aufbauen. Dadurch wird ein längeres gemeinsames Lernen möglich und Bildungsgerechtigkeit abgebaut. Wir wollen Lehr- und Lernmittelfreiheit, damit der Bildungserfolg nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Für Schulabbrecher:innen wollen wir ein Programm zum Erwerb eines Schulabschlusses auflegen.

Wir setzen uns für günstige Ausbildertickets ein. Jedoch ist das aus unserer Sicht nur eine Zwischenlösung. Unser Ziel ist es, den ÖPNV ticketlos zu gestalten. Wir wollen stattdessen eine Umlagefinanzierung, die von allen, gestaffelt nach Einkommen, getragen wird. Darüber hinaus wollen wir den Nahverkehr ausbauen. Wir wollen Bahnstrecken reaktivieren und neue Buslinien, insbesondere im ländlichen Raum, schaffen. Dazu gehören mehr und regelmäßiger angefahrte Haltestellen. Mit einem landesweiten Fernbusnetz wollen wir Mobilität gewährleisten, wo es an der Schieneninfrastruktur fehlt. Wir setzen uns für eine bessere Taktung ein, sodass die einzelnen Verkehrsangebote besser aufeinander abgestimmt sind. Unser Ziel ist, allen Menschen im Land Mobilität zu ermöglichen, sei es, um zum Arzt, zur Schule, Ausbildungsstätte oder zum Einkaufen zu kommen.

Seit 2004 ist das strikte Konnexitätsprinzip in der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz verankert. Pflichtaufgaben müssen den Kommunen also auskömmlich bezahlt werden. Bund und Land werden ihrer Seite der Verpflichtung jedoch nicht gerecht. Das ist fortgesetzter Verfassungsbruch und ein seit Jahrzehnten anhaltender politischer Skandal. Durch ein Gemeindefinanzierungsgesetz wollen wir die Kommunen unabhängig von der aktuellen Wirtschaftsentwicklung mit dem notwendigen Geld ausstatten. Selbstverwaltung und öffentliche Daseinsvorsorge sind Bestandteil der Verfassung und unter Beachtung des Konnexitätsprinzips zu finanzieren. DIE LINKE setzt sich deshalb für einen Schuldschnitt für die Kommunen ein. Die Schuldenstände der Kommunen sollen zu einem Stichtag komplett und ohne Eigenfinanzierungsanteil abgelöst werden. Dazu wird ein gemeinsamer Fonds des Bundes und der Länder eingerichtet.